

HANDBUCH

Jürgen W. Falter
Harald Schoen *Hrsg.*

Handbuch Wahlforschung

2. Auflage

 Springer VS

Handbuch Wahlforschung

Jürgen W. Falter · Harald Schoen
Herausgeber

Handbuch Wahlforschung

2., überarbeitete Auflage

 Springer VS

Herausgeber

Jürgen W. Falter
Universität Mainz
Mainz, Deutschland

Harald Schoen
Universität Bamberg
Bamberg, Deutschland

ISBN 978-3-658-05163-1
DOI 10.1007/978-3-658-05164-8

ISBN 978-3-658-05164-8 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier.

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media

www.springer-vs.de

Vorwort zur zweiten Auflage

Acht Jahre nach dem Erscheinen des „Handbuch Wahlforschung“ liegt nun die zweite Auflage vor. Die Änderungen im Vergleich zur ersten Auflage beschränken sich auf redaktionelle Korrekturen und ein neues Erscheinungsbild des Bandes, der nun auch als sog. E-Book erhältlich ist. Der Inhalt blieb hingegen unverändert. Dafür haben wir uns nicht zuletzt deshalb entschieden, weil der Band in einer nicht wiederholbaren Autorenkonstellation entstanden ist. Aus dem Verzicht auf inhaltliche Änderungen sollte allerdings nicht gefolgert werden, zwischenzeitlich habe sich die Wahlforschung nicht verändert, nicht weiterentwickelt. Im Gegenteil. In den vergangenen Jahren haben sich vorher bereits erkennbare Tendenzen verstärkt, sind bemerkenswerte Entwicklungen eingetreten. Sie haben die Wahlforschung zwar nicht von Grund auf verändert, aber doch für wichtige Akzentverschiebungen gesorgt. Im folgenden sollen daher einige Entwicklungslinien skizziert und kurz diskutiert werden.

Richtet man sein Augenmerk auf die Erklärungsansätze, die im Zentrum des Handbuchs stehen, überwiegt zunächst der Eindruck weitgehender Kontinuität. Der wahlgeographische Ansatz kommt noch immer zum Einsatz, ebenso der ökonomische, der sozialpsychologische und die soziologischen Ansätze. Für den sozialpsychologischen Ansatz konnten Michael Lewis-Beck, William Jacoby, Helmut Norpoth und Herbert Weisberg (2008) in ihrem Band „The American Voter Revisited“¹ sogar nachweisen, dass das im Kausalitätstrichter versinnbildlichte Modell heute noch immer so erklärungskräftig ist wie bei seiner Formulierung in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts.

Bei genauerer Betrachtung werden allerdings wichtige Veränderungen erkennbar, nicht zuletzt in der sozialpsychologisch orientierten Forschung. Als eine der Stärken des sozialpsychologischen Ansatzes gilt seine – noch immer – hohe statistische Erklärungsleistung. Diese sollte man jedoch nicht mit einer zureichenden theoretischen Erklärung verwechseln. In seiner ursprünglichen Fassung lässt der Ansatz weitgehend offen, welche Faktoren unter welchen Bedingungen auf welche Weise bei welchen Personen das Wahlverhalten in welchem Ausmaß beeinflussen. Die Frage, wie individuelle Wahlentscheidungen zustande kommen, bleibt daher letztlich ohne überzeugende Antwort. Eine Ursache dafür liegt dar-

¹ Lewis-Beck, M.S., Jacoby, W.G., Norpoth, H., Weisberg, H.F. (2008). *The American Voter Revisited*. Ann Arbor: University of Michigan Press.

in, dass die Prozesshaftigkeit von Entscheidungen ausgeblendet wird. Um überzeugenden Antworten näherzukommen, sind zum einen geeignete Forschungsdesigns erforderlich, zum anderen sollten Erkenntnisse der zeitgenössischen Politischen Psychologie rezipiert und fruchtbar gemacht werden. In den vergangenen Jahren haben sich die Tendenzen in diese Richtung deutlich verstärkt. Exemplarisch sei hingewiesen auf die Arbeiten von Milton Lodge und Charles Taber, von Richard Lau und David Redlawsk sowie der Gruppe um Paul Sniderman. Auch das gewachsene Interesse an der Rolle von Emotionen und psychischen Dispositionen sowie die Rezeption zeitgenössischer Identitätstheorien, etwa mit Blick auf das Konzept der Parteidentifikation, sollten nicht unerwähnt bleiben. Diese Entwicklungen haben gewiss nicht alle einschlägigen Fragen geklärt, weisen jedoch einen Weg, der zu einem besseren Verständnis der Prozesse, die in Wahlentscheidungen münden, führen könnte. Am Ende könnte aus einer Vielzahl an Einzelbefunden ein integratives Modell entstehen, das es erlaubt, Prozesse der individuellen Urteilsbildung besser zu verstehen und damit valide Aussagen darüber zu treffen, warum bestimmte Bewertungen entstehen und das Wahlverhalten beeinflussen. Möglicherweise könnte ein solches Modell Befunde des klassischen Michigan-Ansatzes erklären, darüber hinaus aber die Prozesshaftigkeit des Entscheidens und die Heterogenität von Elektoraten erhellen. Es könnte also theoretisch reichhaltiger sein als traditionelle Modelle und damit einen wesentlichen Fortschritt in der Theoriebildung bringen.

Der optimistischen Bewertung dieser Entwicklungsperspektive könnte man entgegenhalten, hier werde – wieder einmal – einer Psychologisierung der Wahlforschung das Wort geredet, die den Blick von den wesentlichen Fragen ablenke. Dieser Einwand geht jedoch von der fragwürdigen Prämisse aus, es bestehe ein Gegensatz zwischen Theoriebildung und der Analyse politikwissenschaftlich und gesellschaftlich relevanter Fragen. Das Gegenteil ist der Fall. Fundierte Analysen relevanter Fragen, sei es die Wirkung von Wahlkampagnen und Medienberichterstattung, sei es die Wahl extremistischer Parteien, seien es Rückwirkungen ökonomischer Krisen auf Wahlverhalten, setzen ein profundes theoretisches Verständnis individueller politischer Urteilsbildung und politischen Verhaltens voraus. Ein solches Verständnis erlaubt gehaltvolle Aussagen über die Kontextabhängigkeit von Wahlverhalten sowie dessen Rolle im Repertoire politischer Verhaltensweisen. Theoretischer Fortschritt erweitert somit die Analyse- und Erkenntnismöglichkeiten.

Diese Einsicht illustriert der Trend hin zu vergleichenden Analysen von Wahlverhalten, der sich in den vergangenen Jahren verstärkt hat. Deutlich seltener als in früheren Dekaden sind vergleichende Arbeiten als Sammlung von Einzelfallstudien angelegt. Vielmehr wird die Kontextabhängigkeit individuellen Verhaltens sorgfältig theoretisch modelliert und empirisch analysiert. In der Comparative Study of Electoral Systems (CSES) steht die Rolle von Wahlsystemen im Mittelpunkt des Interesses. Andere Arbeiten fragen beispielsweise nach der Wirkung programmatischer Angebote von Parteien, der Medienberichterstattung und von sozioökonomischen Bedingungen auf Wahlverhalten sowie nach Wahlverhalten auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen. Methodisch werden

dabei Individualdaten aus verschiedenen Makroeinheiten, häufig Ländern, in einem Datensatz zusammengefasst, mit Kontextinformationen kombiniert und anschließend mit Hilfe mehrebenenanalytischer Verfahren analysiert, die sich zwischenzeitlich als Standardinstrument etabliert haben.

Die Beschreibung der komparativen Vorgehensweise weist auf weitere Entwicklungen hin, die seit der Veröffentlichung des Handbuchs an Bedeutung gewonnen haben. Heute sind deutlich mehr relevante Daten, seien es Individual-, seien es Kontextdaten, für Forschungszwecke verfügbar. Exemplarisch dafür stehen Wahlstudien in verschiedenen Ländern, die Umfragedaten umgehend nach Abschluss der Erhebung öffentlich zugänglich machen. Diese Praxis erleichtert die Forschung erheblich, verbessert die Replikationsmöglichkeiten und kann so zur, auch internationalen, Integration der wissenschaftlichen community beitragen. Diese Entwicklung ist kaum denkbar ohne die dramatische Entwicklung des Internets, die die weltweite Kommunikation zwischen Forschern erheblich erleichtert und beschleunigt sowie die Voraussetzungen für einen sehr einfachen Datenzugang geschaffen hat. Darüber hinaus sind die Rechnerkapazitäten zur statistischen Datenanalyse erheblich gewachsen und die statistischen Verfahren erheblich raffinierter geworden. Im Ergebnis haben sich in den vergangenen Jahren die materiellen Bedingungen der Datenanalyse erkennbar verbessert.

Allerdings sind bei weitem nicht alle Probleme gelöst. Es ist nicht leichter geworden, echte Zufallsstichproben aus der wahlberechtigten Bevölkerung zu ziehen. Aufwendige persönliche Interviews mit Registerstichproben, gleichsam der Goldstandard in der Forschung, erzielen Ausschöpfungsquoten von weniger als 50 Prozent. Und es ist schwerlich anzunehmen, daß die Stichprobenausfälle zufällig erfolgen. Telefonbefragungen lassen sich rasch durchführen, erzielen jedoch noch niedrigere Ausschöpfungsquoten und können mit erheblichen Verzerrungen einhergehen. Die in jüngerer Zeit populär gewordenen Onlinebefragungen gestatten zwar kostengünstige, schnelle und mit multimedialen Stimuli versehene Befragungen großer Respondentenzahlen. Allerdings werden damit gegenwärtig nicht Zufallsstichproben aus der wahlberechtigten Bevölkerung erreicht, es sei denn, es wird ein enormer Aufwand betrieben. Die unübersehbaren Stichprobenprobleme könnten zu gleichgültiger Ignoranz oder resignativer Tatenlosigkeit führen. Beides zeugte nicht von methodischer Reife. Wesentlich angebrachter scheint es, die methodischen Probleme anzuerkennen, ihr Ausmaß auszuloten und nach Lösungen zu suchen, die auch in der Erkenntnis bestehen können, dass nicht jede Fragestellung eine Zufallsstichprobe aus der Gesamtbevölkerung erfordert.

Im Zusammenhang mit dem gewachsenen Interesse an Kausalmechanismen ist die Renaissance des experimentellen Designs, über seine Rolle als regulative Idee hinaus, zu sehen. Labor- und Umfrageexperimente werden vor allem dazu genutzt, Mechanismen der politischen Informationsverarbeitung und Urteilsbildung zu untersuchen. Allerdings wird ihre externe Validität angezweifelt. Solche Einwände lassen sich leichter entkräften, wenn Feldexperimente oder natürliche Experimente zum Einsatz kommen. Arbeiten wie jene

von Michael Bechtel und Jens Hainmueller (2011)² sowie von Alan Gerber und Kollegen (2011)³ sollten daher anregend wirken. Experimentelle Designs lassen sich sicherlich nicht in allen Fällen anwenden, aber etliche Fragen lassen sich ohne experimentelle Designs nicht überzeugend klären.

Neben theoretischen und methodischen Weiterentwicklungen soll auf neue Gegenstände und neu nuancierte Fragestellungen hingewiesen werden. Der Siegeszug des Internets hat nicht nur die materiellen Bedingungen der Wahlforschung verändert, sondern das Internet selbst zum Gegenstand der Wahlforschung werden lassen. Sieht man einmal davon ab, dass Internetkommunikation neue politische Streitfragen hervorbringen kann, zielen Analysen einesteils auf die Rolle des Internets in Wahlkämpfen, andernteils auf die Wirkung von über das Internet verbreiteten Informationen und Werbebotschaften auf Wahlverhalten. In ähnlicher Weise auf gesellschaftliche Entwicklungen reagierte die Wahlforschung etwa, indem sie seit einigen Jahren verstärkt Wirkungen ökonomischer Krisenerscheinungen auf Wahlverhalten sowie die Beziehung zwischen sozialer und politischer Ungleichheit untersucht. Als besonders prononcierte Position kann dabei die These von der Postdemokratie gelten, welche die politische Bedeutung des Instituts der Wahl infolge ökonomischer Ungleichheit erheblich gemindert sieht. Auch wenn man diese Krisendiagnose nicht teilt, kann sie doch als instruktiver Hinweis dienen, bei der Analyse von Wahlen und Wahlverhalten den gesellschaftlichen Kontext nicht aus dem Blick zu verlieren.

Dieser subjektive Streifzug durch jüngere Entwicklungen in der Wahlforschung mag genügen, um zu verdeutlichen, dass von Stillstand nicht die Rede sein kann. Vielmehr sind etliche interessante Entwicklungen im Gange. Sie erweitern unser Wissen darüber, warum sich Bürger bei Wahlen auf eine bestimmte Weise verhalten. In vielen Fällen fügen sie dem Bild, das in der ersten Auflage des Handbuchs gezeichnet wurde, wichtige Nuancen oder Facetten hinzu, ohne es jedoch radikal zu verändern. Daher ist das unveränderte „Handbuch Wahlforschung“ auch heute noch als Einführungsbuch geeignet. Es kann unter anderem vorbereiten auf die Rezeption neuer Entwicklungen an der vordersten Forschungsfront, die in einschlägigen Zeitschriften zu verfolgen sind.

Bamberg, im August 2013

Harald Schoen

² Bechtel, M.M., Hainmueller, J. (2011). How Lasting is Voter Gratitude? An Analysis of the Short- and Long-Term Electoral Returns of Beneficial Policy. *American Journal of Political Science*, 55(4), 852–868.

³ Gerber, A.S., Gimpel, J.G., Green, D.P., Shaw, D.S. (2011). How Large and Long-lasting are the Persuasive Effects of Televised Campaign Ads? Results from a Randomized Field Experiment. *American Political Science Review*, 105(1), 135–150.

Vorwort zur ersten Auflage

Wahlen sind ein Kernelement der repräsentativen Demokratie: In Wahlen entscheiden Bürger darüber, welche Personen als Repräsentanten auf Zeit kollektiv bindende Entscheidungen treffen sollen. Die empirische Wahlforschung untersucht diesen Akt der Herrschaftslegitimation und ist daher praktische Demokratieforschung. Es geht ihr darum, Wahlverhalten zu beschreiben. Sie sucht also Antworten auf Fragen wie: „Wie hoch ist die Wahlbeteiligung?“, „Wie viele Stimmen erhielten die verschiedenen Parteien?“. Vor allem strebt sie aber danach, Wahlverhalten zu erklären. Sie versucht also herauszufinden, warum Personen an einer Wahl teilnehmen oder ihr fernbleiben, und sie will wissen, warum sich Personen für eine bestimmte Partei oder einen bestimmten Kandidaten entscheiden.

Damit eine Erklärung von Wahlverhalten bei einer bestimmten Wahl gelingen kann, ist eine (bewährte) Theorie erforderlich. Sie gibt an, welche Ursachen zu welchen Folgen führen. Eine ganz einfache Theorie könnte beispielsweise lauten: „Wenn eine Person arbeitslos ist, fühlt sie sich benachteiligt. Wenn sich eine Person benachteiligt fühlt, geht sie nicht zur Wahl.“ Daraus kann man bei einer konkreten Wahl die Vermutung ableiten, daß Arbeitslose nicht zur Wahl gehen, während Erwerbstätige an der Wahl teilnehmen. Anschließend kann man diese Erwartung empirisch überprüfen. Stellt sich heraus, daß sie empirisch zutrifft, wird man die Theorie als vorläufig bewährt akzeptieren; falls die Erwartung empirisch widerlegt wird, wird man die Theorie zumindest modifizieren oder gar verwerfen. Angesichts des zentralen Stellenwerts von Theorien für die Erklärung von Wahlverhalten spielt die Theoriebildung und -prüfung in der empirischen Wahlforschung eine herausragende Rolle.

Die empirische Wahlforschung hat nicht *die* Theorie des Wahlverhaltens entwickelt, vielmehr herrscht ein Pluralismus an theoretischen Perspektiven. Aus soziologischer Sicht spielen soziale Kontakte eine wesentliche Rolle bei der Erklärung von Wahlverhalten. Eine makrosoziologische Perspektive bringt gesamtgesellschaftliche Konfliktlagen mit dem Wahlverhalten in Verbindung. Psychologen lenken dagegen die Aufmerksamkeit auf (politische) Einstellungen als Erklärungsfaktoren. Ökonomen gehen davon aus, daß Bürger vor der Wahlentscheidung ein Kalkül anstellen, in dem sie Kosten und Nutzen der verschiedenen Möglichkeiten gegeneinander abwägen. Nicht in allen Fällen liegt eine elaborierte Theorie des Wahlverhaltens vor, häufig handelt es sich eher um Erklärungsansätze, die

die Aufmerksamkeit von Forschern auf eine Klasse von Variablen, etwa Einstellungen, als potentielle Erklarfaktoren lenken, ohne ganz bestimmte Variablen zu benennen und Zusammenhänge zwischen diesen genau anzugeben. Gleichwohl ist die empirische Wahlforschung in theoretischer Hinsicht weiter fortgeschritten als die meisten anderen sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen.

Theorien und Erklärungsansätze bilden das Rückgrat der Wahlforschung, stehen aber nicht immer im Mittelpunkt von Wahlanalysen. Diese bedienen sich der Erklärungsansätze vornehmlich, um bei einer konkreten Wahl Wirkungen bestimmter Faktoren auf das Wahlverhalten zu untersuchen, verschiedene Formen des Wahlverhaltens oder den Wahlausgang zu erklären. Beispielsweise fragen sie, ob und warum Wahlberechtigte an Wahlen teilnehmen. In anderen Analysen geht es darum zu klären, inwieweit und warum Personen für die gleiche oder eine andere Partei stimmen als bei vorangegangenen Wahlen. Oder es wird gefragt, warum sich Wähler für extreme Parteien entscheiden, die die Demokratie selbst in Frage stellen. Die Wahlforschung fragt aber auch danach, inwieweit der Kontext, in dem eine Wahl stattfindet, das Wahlverhalten beeinflusst. Welche Rolle spielt die ökonomische Lage? Hat das Wahlsystem einen Einfluß auf das Wahlverhalten? Gehen von der massenmedialen Berichterstattung Wirkungen auf das Wahlverhalten aus? Beeinflussen Wahlkämpfe das Wahlverhalten? Welche Wirkungen haben Spitzenkandidaten und politische Sachfragen auf den Wahlausgang? Bereits diese wenigen exemplarischen Forschungsfragen zeigen den inhaltlichen Facettenreichtum der Wahlforschung auf.

Zugleich deuten sie an, daß Wahlforschung nicht die Domäne einer einzigen akademischen Disziplin ist, sondern von Forschern mit unterschiedlichen disziplinären Anbindungen betrieben wird. Mit Wahlen befassen sich Politikwissenschaftler, aber auch Historiker, Kommunikationswissenschaftler, Ökonomen, (Sozial-)Psychologen und Soziologen untersuchen Wahlen. Alle betrachten Wahlen, jedoch aus spezifischen theoretischen Perspektiven, mit unterschiedlichen Problemstellungen und mit verschiedenen Forschungsmethoden. Diese Konstellation eröffnet einerseits die Möglichkeit wechselseitiger Ergänzung und Befruchtung, andererseits kann sie aber auch zu Mißverständnissen führen.

Insgesamt hat die empirische Wahlforschung im Zuge wissenschaftlicher Spezialisierung erhebliche Fortschritte gemacht bei dem Versuch, Wahlverhalten zu erklären. Zugleich hat die zunehmende Arbeitsteilung dazu beigetragen, daß die Wahlforschung zunehmend unübersichtlicher geworden ist. Sie vereint Forscher aus unterschiedlichen Disziplinen, es werden diverse Erklärungsansätze und Theorien eingesetzt, und zu einzelnen Aspekten von Wahlen und Wahlverhalten haben sich Teildisziplinen herausgebildet. Diese Bedingungen erleichtern es nicht unbedingt, die Übersicht zu behalten.

Der vorliegende Band gibt daher einen Überblick über die empirische Wahlforschung. Er vermittelt zum einen Grundlagenwissen über Konzepte, Methoden und Befunde der empirischen Wahlforschung. Zum anderen soll er auch den heutigen Stand der Forschung wiedergeben und dadurch helfen, die Entwicklung der Wahlforschung nachzuvollziehen. Der Band stellt die empirische Wahlforschung in ihrer ganzen Bandbreite dar. Im Zentrum stehen entsprechend ihrem Stellenwert für die Forschung die wichtigsten Erklärungsansätze und Theorien; zugleich geht der Band ausführlich auf spezielle Forschungszweige

innerhalb der arbeitsteilig organisierten Wahlforschung ein. Damit dabei der Blick für das Ganze nicht verlorengeht, werden Querverbindungen zwischen einzelnen Forschungsgebieten aufgezeigt.

Im ersten Teil des Bandes werden Wahlen aus demokratietheoretischer und historischer Sicht betrachtet. Zudem werden methodologische Grundlagen der Wahlforschung behandelt. Es schließt sich das Herzstück des Bandes an, in dem die wichtigsten Ansätze zur Erklärung von Wahlverhalten dargestellt und diskutiert werden. Darin kommt der wahlgeographische Ansatz André Siegfrieds⁴ zur Sprache. Der mikrosoziologische Ansatz der Lazarsfeld-Gruppe wird ebenso behandelt wie der makrosoziologische Cleavage-Ansatz von Lipset und Rokkan⁵. Es folgt der sehr einflußreiche sozialpsychologische Ansatz der Ann-Arbor-Schule; ergänzend werden persönlichkeitspsychologische Ansätze thematisiert. Schließlich wird auf den Rational Choice-Ansatz eingegangen, wobei neben dem klassischen Downs'schen Modell⁶ weitere Interpretationen von Rational Choice berücksichtigt werden; daher wird in diesem Zusammenhang auch die Theory of Reasoned Action nach Fishbein und Ajzen⁷ diskutiert. Den Abschluß dieses Abschnittes bildet ein systematischer Vergleich der wichtigsten Theorien unter wissenschaftstheoretischen Gesichtspunkten.

Darauf folgen Aufsätze, die sich mit speziellen Fragen der empirischen Wahlforschung befassen. Ein Beitrag behandelt die Wahlbeteiligung, ein anderer thematisiert wechselndes Wahlverhalten, ein dritter geht auf Wahlentscheidungen zugunsten extremistischer Parteien ein. Während diese drei Beiträge bestimmte Formen der Wahlentscheidung thematisieren, nehmen drei andere Aufsätze Faktoren unter die Lupe, die das Wahlverhalten beeinflussen können. Ein Beitrag fragt nach den Wirkungen von Wertvorstellungen und des Wertewandels auf das Wahlverhalten. Ein zweiter Aufsatz thematisiert die Bedeutung der Persönlichkeit eines Menschen für sein Wahlverhalten. Abgerundet wird dieser Teil des Bandes von einem Beitrag, der die Rolle der Massenmedien bei der Wahlentscheidung untersucht; an dieser Stelle werden Anknüpfungspunkte zwischen der Wahlforschung und der Kommunikationswissenschaft deutlich.

Ein weiterer Abschnitt versammelt Beiträge zu ausgewählten Teildisziplinen, die thematisch zum Teil über die klassische Wahlforschung hinausragen. Die Wahlkampfforschung, die stark von der Kommunikationswissenschaft beeinflusst wird, untersucht Wirkungen von Wahlkämpfen auf individuelles Wahlverhalten und Wahlausgänge. Darüber hinaus geht sie der Frage nach, wie und warum sich Wahlkämpfe im Laufe der Zeit entwickelt haben. Die Historische Wahlforschung befaßt sich mit Wahlen vor dem Zweiten Weltkrieg und weist deutliche Überschneidungen mit der Geschichtswissenschaft auf. Die Wahlsy-

⁴ Siegfried, A. (1913). *Tableau politique de la France de L'Ouest sous la Troisième République*. (Neudruck Genf u. a. 1980). Paris: Slatkine.

⁵ Lipset, S. M. & Rokkan, S. (1967). Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction. In S. M. Lipset & S. Rokkan (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives* (S. 1–64). New York, London: Collier-Macmillan.

⁶ Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York, Harper.

⁷ Fishbein, M. & Ajzen, I. (1972). Attitudes and Opinions. *Annual Review of Psychology*, 23, 487–544.

stemforschung untersucht Wirkungen von Wahlsystemen auf das Wahlverhalten, fragt aber auch nach anderen Wirkungen, nach den Bestimmungsgründen von Wahlsystemen und versucht, Wahlsysteme zu systematisieren. Den Band rundet ein Beitrag ab, der die empirische Wahlforschung, mit einem Schwerpunkt auf der Bundesrepublik, einer eingehenden Kritik unterzieht und aus einer Bilanz Vorschläge für die weitere Forschung entwickelt.

Obgleich der Band insgesamt 19 Beiträge versammelt, bleiben einige Fragen unberücksichtigt, auf die der Leser Antworten erwarten könnte. Es wird nur Wahlverhalten bei allgemeinen Wahlen betrachtet. Stimmverhalten bei Referenden wird nicht behandelt, ebenso gehen wir nicht auf Abstimmungsverhalten in Parlamenten ein. Allerdings könnten die hier vorgestellten Theorien zur Erklärung von Wahlverhalten bei allgemeinen Wahlen durchaus geeignet sein, nach entsprechenden Anpassungen auf Stimmverhalten bei Volksentscheiden und in Parlamenten angewandt zu werden.

Das Buch ist ein Mainzer Werk, d. h. es wurde nur von Autoren verfaßt, die an der Universität Mainz tätig (gewesen) sind. Die meisten Autoren sind in der Abteilung Innenpolitik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz angesiedelt. Daneben sind eine Reihe „Ehemaliger“ unter den Autoren zu finden, die nunmehr an den Universitäten Augsburg, Köln, Stuttgart und Trier beschäftigt sind. Ihnen allen ist dafür zu danken, daß sie dem Band während seiner langen und windungsreichen Entstehungsgeschichte die Treue gehalten haben. Zu danken ist schließlich jenen Personen, die dafür gesorgt haben, daß das Buch nun in L^AT_EX gesetzt ist. An erster Stelle ist Kai Arzheimer zu nennen, der mit großer Geduld alle Probleme auf diesem Gebiet zu lösen verstand. Den größten Teil der mühseligen Kleinarbeit haben Helga Juli und Emanuel Hansen auf sich genommen, aber auch Sonja Glaab, Anne Rückschloß, Christoph Schneider und Sven Stadtmüller haben ganz wesentlich zur technischen Fertigstellung des Bandes beigetragen.

Mainz, im April 2005

Jürgen W. Falter und Harald Schoen

Inhaltsverzeichnis

TabellenverzeichnisXVII

Abbildungsverzeichnis XIX

Teil I Einleitung und Grundlagen

1 Die Rolle von Wahlen in der Demokratie 3
A. Schmitt

2 Zur Wahlgeschichte 37
T. Lange

3 Methoden und Methodenprobleme der empirischen Wahlforschung 75
S. Schumann

4 Daten in der empirischen Wahlforschung 109
H. Schoen

Teil II Theoretische Ansätze in der empirischen Wahlforschung

5 Wahlgeographie und Politische Ökologie 135
J. W. Falter und J. R. Winkler

6 Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung 169
H. Schoen

7 Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten 241
H. Schoen und C. Weins

8	Der ökonomische Ansatz	331
	K. Arzheimer und A. Schmitt	
9	Ein Vergleich von Theorien zur Erklärung von Wählerverhalten	405
	T. Rudi und H. Schoen	
 Teil III Spezielle Fragestellungen der Wahlforschung		
10	Nichtwahl	437
	C. Cabarello	
11	Wechselwahl	489
	H. Schoen	
12	Die Wahl extremistischer Parteien	523
	K. Arzheimer	
13	Gesellschaftliche Wertorientierungen, Wertewandel und Wählerverhalten .	563
	M. Klein	
14	Persönlichkeit und Wahlverhalten	591
	S. Schumann	
15	Massenmedien und Wählerverhalten	625
	F. Brettschneider	
 Teil IV Ausgewählte Gebiete der Wahlforschung		
16	Wahlkampfforschung	661
	H. Schoen	
17	Historische Wahlforschung	729
	J. R. Winkler	
18	Wahlssystemforschung	769
	H. Schoen	
 Teil V Kritik der empirischen Wahlforschung		
19	Empirische Wahlforschung in Deutschland: Kritik und Entwicklungsperspektiven	827
	O. W. Gabriel und S. I. Keil	

Glossar	869
Sachregister	885
Autorenregister	893

Tabellenverzeichnis

Tab. 2.1	Die Demokratisierung des Wahlrechts in 22 OECD-Staaten	46
Tab. 4.1	Eine Klassifikation von Datengrundlagen mit empirischen Beispielen . .	111
Tab. 4.2	Das Problem der ökologischen Inferenz am Beispiel des Zusammenhangs zwischen Erwerbslosigkeit und Wahlbeteiligung	119
Tab. 4.3	Die ökologische Regression am Beispiel des Zusammenhangs zwischen Erwerbslosigkeit und Wahlbeteiligung	122
Tab. 6.1	Wahlentscheidung in Abhängigkeit von der Stellung im Beruf bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2002	199
Tab. 6.2	Wahlentscheidung in Abhängigkeit von der Gewerkschaftsmitgliedschaft bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2002	201
Tab. 6.3	Wahlentscheidung für CDU/CSU und SPD in Abhängigkeit von Konfes- sion und der Stärke der Kirchenbindung bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2002	215
Tab. 6.4	Wahlentscheidung für FDP, Bündnis 90/Die Grünen, PDS und Sonstige in Abhängigkeit von Konfession und der Stärke der Kirchenbindung bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2002	216
Tab. 7.1	Klassifikation von Wahlen nach dem Normalwahl-Ergebnis und dem Abschneiden der Normalwahl-Mehrheitspartei(en)	277
Tab. 8.1	Realistisches und instrumentalistisches Wissenschaftsverständnis	336
Tab. 8.2	Einschätzung des eigenen Einflusses auf den Wahlausgang	380
Tab. 8.3	Wahlbeteiligung als „Spiel gegen die Natur“	383
Tab. 8.4	Einschätzung der Opportunitätskosten durch die Wahlberechtigten . . .	385
Tab. 10.1	Die Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2002	438
Tab. 10.2	Sozialpsychologische Bestimmungsgrößen der Wahlbeteiligung	461
Tab. 10.3	Soziologische Bestimmungsgrößen der Wahlbeteiligung	471
Tab. 10.4	Bestimmungsgrößen der Wahlbeteiligung – lineare Regressionsanalysen	474
Tab. 11.1	Wechselraten zwischen den Bundestagswahlen 1994 und 1998 nach der Erhebungsmethode	497
Tab. 11.2	Wechselwahl bei der Bundestagswahl 1998 in Abhängigkeit von sozialstrukturellen Merkmalen	501

Tab. 11.3	Wechselwahl bei der Bundestagswahl 1998 in Abhängigkeit von Partei- identifikation sowie Konsistenz und Stabilität politischer Einstellungen .	504
Tab. 14.1	Übersicht über Studien zum Zusammenhang von Autoritarismus mit der Wahl bestimmter Kandidaten	617
Tab. 16.1	Eine Klassifikation von Wahlkampfeffekten auf das Wahlverhalten	697
Tab. 18.1	Sitzverteilung in Abhängigkeit von der Zahl der Mandate pro Wahlkreis (bei proportionaler Sitzverteilung)	772

Abbildungsverzeichnis

Abb. 2.1	Die Entwicklung der Beteiligung an Wahlen zum britischen Unterhaus 1885 bis 2001	59
Abb. 2.2	Die Entwicklung der Beteiligung an Wahlen zur französischen Nationalversammlung 1831 bis 2002	61
Abb. 2.3	Die Entwicklung der Beteiligung an Wahlen zum deutschen Bundestag 1871–2002	62
Abb. 2.4	Die Entwicklung der Beteiligung an Präsidentschaftswahlen in den USA 1789–2004	64
Abb. 2.5	Das Diffusionsmodell nach Kuhnle (1975)	69
Abb. 5.1	Siegfrieds Erklärungsmodell des Wahlverhaltens	145
Abb. 5.2	Ein vereinfachtes Erklärungsmodell der klassischen politischen Ökologie	148
Abb. 5.3	Die Präferenzverteilung in sechs hypothetischen Wahlkreisen eines Wahlgebietes	156
Abb. 5.4	Das Original Gerrymander nach Boston Gazette, 1812	157
Abb. 6.1	Vermittlungsmechanismen zwischen soziodemographischen Merkmalen und dem Wahlverhalten	189
Abb. 6.2	Entwicklung der Berufsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 2000	197
Abb. 6.3	Effekt der Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft auf die Wahrscheinlichkeit, für die SPD zu stimmen – Bundestagswahlen 1949 bis 2002 (Westdeutschland)	204
Abb. 6.4	Effekt der Zugehörigkeit zu den gewerkschaftsnahen Arbeitern auf die Wahrscheinlichkeit, für die SPD zu stimmen – Bundestagswahlen 1949 bis 2002 (Westdeutschland)	206
Abb. 6.5	Effekt der Zugehörigkeit zu den Arbeitern (vs. altem Mittelstand) auf die Wahrscheinlichkeit, für die SPD (vs. CDU/CSU) zu stimmen – Bundestagswahlen 1949 bis 2002 (Westdeutschland)	207
Abb. 6.6	Effekt der Zugehörigkeit zu den Katholiken auf die Wahrscheinlichkeit, für die Unionsparteien zu stimmen – Bundestagswahlen 1949 bis 2002 (Westdeutschland)	217

Abb. 6.7	Effekt der Zugehörigkeit zu den praktizierenden Katholiken auf die Wahrscheinlichkeit, für die Unionsparteien zu stimmen – Bundestagswahlen 1949 bis 2002 (Westdeutschland)	218
Abb. 6.8	Effekt der Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft auf die Wahrscheinlichkeit, für die SPD zu stimmen – Bundestagswahlen 1990 bis 2002	222
Abb. 6.9	Effekt der Zugehörigkeit zu den gewerkschaftsnahen Arbeitern auf die Wahrscheinlichkeit, für die SPD zu stimmen – Bundestagswahlen 1990 bis 2002	222
Abb. 6.10	Effekt der Zugehörigkeit zu den praktizierenden Katholiken auf die Wahrscheinlichkeit, für die CDU zu stimmen – Bundestagswahlen 1990 bis 2002	223
Abb. 6.11	Effekt der Zugehörigkeit zu den Katholiken auf die Wahrscheinlichkeit, für die CDU zu stimmen – Bundestagswahlen 1990 bis 2002	223
Abb. 7.1	Das siebenstufige Instrument zur Messung von Parteiidentifikationen	246
Abb. 7.2	Das sozialpsychologische Modell in „The Voter Decides“	248
Abb. 7.3	Vereinfachte Darstellung des <i>funnel of causality</i>	249
Abb. 7.4	Das sozialpsychologische Erklärungsmodell in „The American Voter“	253
Abb. 7.5	Das sozialpsychologische Modell in der rezipierten Form	256
Abb. 7.6	Ein non-rekursives Modell zur Erklärung der Wahlentscheidung	258
Abb. 7.7	Zeitliche und kausale Anordnung der Einflußfaktoren bei Miller und Shanks (1996, 192)	259
Abb. 7.8	Die Wirkung des Kontexts auf die Wahlverhaltensdeterminanten im rezipierten Michigan-Modell	260
Abb. 7.9	Anteil der Parteianhänger in den USA 1952–2002	281
Abb. 7.10	Anteil der Parteianhänger in Deutschland 1977–2002	282
Abb. 8.1	Das eindimensionale Modell der räumlichen Konkurrenz	359
Abb. 8.2	Das zweidimensionale Modell der räumlichen Konkurrenz	361
Abb. 8.3	Die Berechnung der euklidischen Distanz	362
Abb. 8.4	Die Abbildung einer ideologischen Dimension auf eine Issue-Skala	365
Abb. 8.5	Das Wahlparadoxon als Kollektivgutproblem	389
Abb. 11.1	Die Komponenten des Übergangs zwischen zwei Wahlergebnissen am Beispiel der Bundestagswahlen 1998 und 2002	492
Abb. 11.2	Wechselwahl und Volatilität bei den Bundestagswahlen 1953–2002	498
Abb. 12.1	Das Hufeisen-Schema nach Backes (1989, 252)	530
Abb. 12.2	Mehr-Ebenen-Modell der Wahl rechtsextremer Parteien	544
Abb. 12.3	Die Wahlerfolge der extremen Rechten 1949–2004	549
Abb. 12.4	Die Wahlerfolge der extremen Linken 1946–2004	551
Abb. 12.5	Ausländer/Asylbewerber als wichtigstes Problem in Deutschland	556
Abb. 13.1	Gesellschaftliche Wertorientierungen im Rahmen eines Modells zur Erklärung politischen Verhaltens	566
Abb. 13.2	Gesellschaftliche Wertorientierungen im Rahmen des soziologischen Erklärungsmodells des Wählens	568

Abb. 13.3	Gesellschaftliche Wertorientierungen im Rahmen des sozialpsychologischen Erklärungsmodell des Wählens	571
Abb. 13.4	Gesellschaftliche Wertorientierungen im Rahmen des instrumentellen Rational Choice-Modells des Wählens	574
Abb. 13.5	Gesellschaftliche Wertorientierungen im Rahmen des expressiven Rational Choice-Modells des Wählens	575
Abb. 13.6	Die Entwicklung des Bevölkerungsanteils der Postmaterialisten, des Mischtyps und der Materialisten in der Bundesrepublik Deutschland (West) 1970 bis 1999	581
Abb. 13.7	Das Wahlverhalten der Postmaterialisten Bundesrepublik Deutschland (West) 1973 bis 1997	585
Abb. 13.8	Das Wahlverhalten der Mischtypen Bundesrepublik Deutschland (West) 1973 bis 1997	585
Abb. 14.1	Eine Verbindung nach dem Einstellungsmodell von Fishbein und dem Attraktionsparadigma	614
Abb. 14.2	Pfadmodell zur Erklärung der Sympathie für die CSU	614
Abb. 15.1	Medienwirkungen bei vorhandener politischer Prädisposition zugunsten einer Partei	628
Abb. 15.2	Medieneinflüsse im sozialpsychologischen Modell zur Erklärung des Wählerverhaltens	634
Abb. 15.3	Realitätskonstruktion bei der Wahrnehmung der Wirtschaftslage in Deutschland, 1995–2003	639
Abb. 15.4	Mediennutzung und die Beurteilung der Wirtschaftslage in Westdeutschland vor der Bundestagswahl 1998 (standardisierte Pfadkoeffizienten) . .	640
Abb. 15.5	Priming vor der amerikanischen Präsidentschaftswahl 1992	643
Abb. 15.6	Agenda-Setting vor der Bundestagswahl 2002	644
Abb. 15.7	Agenda-Setting und Medientendenz vor der Bundestagswahl 2002	645
Abb. 15.8	Medientendenz und Wahlabsicht vor der Bundestagswahl 2002	646
Abb. 15.9	Die Bewertung von Angela Merkel in den Hauptnachrichtensendungen des Fernsehens und in der Bevölkerung, 2000–2002	648
Abb. 15.10	Die Bewertung von Edmund Stoiber in den Hauptnachrichtensendungen des Fernsehens und in der Bevölkerung, 2000–2002	649
Abb. 16.1	Ein Modell der Wahlkampfkommunikation	664
Abb. 18.1	Die Argumentationsstruktur der Thesen Duvergers	787

Teil I
Einleitung und Grundlagen

Annette Schmitt

Inhaltsverzeichnis

1.1	Einleitung	3
1.2	Der Begriff der demokratischen Wahl	4
1.2.1	Das „Recht der Rechte“	5
1.2.2	Entscheidungsangebot: freie und geheime Wahl	7
1.2.3	Ergebnis	9
1.3	Grundfunktionen der Wahl	10
1.4	Der Wert der Wahl	13
1.4.1	Wahlen als notwendige und hinreichende Bedingung zur Verwirklichung der Werte, die mittels Demokratie verfolgt werden sollen	15
1.4.2	Wahlen als nicht hinreichende Bedingungen	19
1.4.3	Wahlen sind weder notwendig noch hinreichend	24
1.5	Abschließende Analyse	29
	Literatur	33

*Demokratie ist ein Verfahren, das garantiert,
daß wir nicht besser regiert werden,
als wir es verdienen.
(George Bernhard Shaw)*

1.1 Einleitung

In einer Demokratie herrschen – zumindest dem etymologischen Sinn des Wortes nach – die Bürger: alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. In modernen Massendemokratien beschränkt sich die Ausübung dieser Staatsgewalt weitgehend auf die Beteiligung der Staats-

A. Schmitt ✉

Institut für Politikwissenschaft, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Jakob-Welder-Weg 12, 55128 Mainz, Deutschland

J. Falter, H. Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung*, DOI 10.1007/978-3-658-05164-8_1, 3
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2014

bürger an Wahlen. Die Wahl der Abgeordneten eines Parlamentes und, in präsidentiellen Demokratien, die des Präsidenten ist die elementarste Form demokratischer Partizipation: Von allen Beteiligungsformen fordert sie den Bürgern das geringste Maß an politischem Engagement ab – Wahlen finden relativ selten statt, und die Wahlbeteiligung ist praktisch ohne aktive inhaltliche Vorbereitung bei geringen Opportunitätskosten möglich. Folglich wird sie auch als einzige Beteiligungsform von der überwiegenden Mehrheit der Bürger wahrgenommen (vgl. Almond und Powell 1996, 52; Nohlen 2004, 26).

Angesichts dessen stellt sich die Frage, welche Bedeutung Wahlen in einer Demokratie zukommt. Demokratie ist aus Sicht vieler Menschen – und das gilt für Politikwissenschaftler, Regierende und Regierte gleichermaßen – mehr als nur ein Typus von Regierungssystem unter anderen: Demokratie wird als die bestmögliche aller politischen Ordnungen angesehen, weil sie bestimmten Werten¹ Geltung verschafft; das Prädikat „demokratisch“ gilt „als allgemeine[r] Ausdruck des Lobes“ (Hayek, 1991, 127). Welche Rolle spielen nun Wahlen bei der Verwirklichung dieser Werte? Sind sie notwendige oder gar hinreichende Bedingung dafür? Oder sind Wahlen lediglich ein unumgängliches Übel, das einer optimalen Einlösung dieser Werte im Wege steht, aber in modernen Demokratien (leider, leider) die einzige Möglichkeit darstellt, die massenhafte Partizipation von Bürgern zu organisieren? Oder stehen Wahlen gar für einen Mißstand, der durch entsprechende Reformen beseitigt werden könnte?² Mit diesen Fragen wird sich der nachfolgende Beitrag beschäftigen.

Dazu wird im ersten Schritt geklärt, was im weiteren unter „demokratischen Wahlen“ verstanden wird (Abschn. 1.2); in Abschn. 1.3 geht es dann um die Fragen, welche Funktionen Wahlen in modernen demokratischen Systemen übernehmen und ob beziehungsweise welche Alternativen denkbar sind. In Abschn. 1.4 schließlich wird der Frage nachgegangen, welche Rolle Wahlen bei der Einlösung demokratischer Werte zukommt, genauer: ob sie hierfür hinreichend, notwendig oder nichts von beidem sind.

1.2 Der Begriff der demokratischen Wahl

Aus Sicht der modernen Wissenschaftstheorie leitet sich die Bedeutung von Begriffen aus den Theorien ab, in die sie eingebettet sind (vgl. etwa Chalmers 2001, 87–88). Die Bedeutung, die dem Wort „Wahl“ zugeschrieben wird, hängt also von der jeweiligen (Demokratie-)Theorie³ ab, die sich mit dem Phänomen der Wahl empirisch oder normativ beschäftigt. Es gibt folglich eine ganze Reihe unterschiedlicher Definitionen von „Wahl“.

¹ Etwa: Egalité, Liberté, Fraternité!

² In seiner Einleitung zu „Reflective Democracy“ (2003) vermutet etwa Robert Goodin: „But while voting might constitute a necessary condition of democratic rule, it is not necessarily sufficient. It may not even be what matters most in ensuring the sort of systematic responsiveness towards one another which characterizes a genuinely democratic polity“ (Goodin, 2003, 1).

³ „Demokratiethorie“ und „Demokratiemodell“ werden im weiteren als Synonyme verwendet. Bei den Demokratiethorien, die hier vorgestellt werden, handelt es sich vorwiegend um normative Theorien der politischen Philosophie des 20. Jahrhunderts.

Andererseits teilen viele dieser Theorien ein bestimmtes Kernverständnis dessen, was bei der Verwendung des Wortes „Wahl“ zum Ausdruck gebracht werden soll. Es lohnt sich daher, in Anlehnung an Rawls zwischen dem allen Theorien gemeinsamen *concept*, dem Kernverständnis von „Wahl“, und den verschiedenen theoriespezifischen Auffassungen oder *conceptions* von „Wahl“ zu unterscheiden (vgl. Rawls, 1971, 5). Während sich Abschn. 1.4 mit den *conceptions* beschäftigen wird, soll in den folgenden Ausführungen zunächst einmal das *concept* vorgestellt werden.

Daß eine solche Vorabklärung des *concept* von Wahl keine rein akademische, d. h. eigentlich völlig überflüssige Übung ist (da dem Leser doch hinreichend bekannt sein dürfte, welche die definierenden Merkmale von Wahlen nach einem modernen Demokratieverständnis sind), lehrt der Blick in einen aktuellen Weltalmanach (siehe Baratta, 2002). Dort werden u. a. folgende Fälle des Erwerbs von Regierungsgewalt als Ergebnis von „Wahlen“ vorgestellt:

- im Mai 2000 errang die Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) 472 von 548 Parlamentssitzen; von den verbleibenden 76 Sitzen blieben 53 Sitze vakant. 1995 hatte die EPRDF 540 der 548 Sitze gewonnen; die verbleibenden acht Sitze gingen an „Sonstige“ (vgl. Baratta, 2002, 97–98).
- im November 2001 gewann Singapurs People's Action Party (PAP) 82 von 84 Parlamentssitzen; allerdings konnte sich nur ein Drittel der Wahlberechtigten an dem Verfahren beteiligen: die Opposition sah sich nämlich außerstande, in 55 der 84 Wahlkreise einen Kandidaten aufzustellen, und deshalb wurden die dortigen Wahllokale erst gar nicht geöffnet (vgl. Baratta, 2002, 728).
- im September 2002 wurde Weißrußlands Präsident Lukaschenko im ersten „Wahl“gang mit 75,6 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Beobachter der OSZE erklärten dazu, das Verfahren sei „weder frei noch fair gewesen“ (Baratta, 2002, 862).

Wenn man sich zudem in Erinnerung ruft, daß die regelmäßige Bestätigung der SED in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik ebenfalls als „Wahl“ bezeichnet wurde, dann scheint es zwingend notwendig zu sein, zunächst einmal klarzustellen, was gemeint (und vor allem nicht gemeint) ist, wenn in diesem Beitrag von „Wahl“ die Rede ist.

Als „demokratische Wahl“ soll eine „Technik“ oder ein Verfahren, „eine Körperschaft zu bilden oder eine Person mit einer Führungsposition zu betrauen“ (Nohlen, 2004, 21), nur dann bezeichnet werden, wenn erstens die Erteilung der Wahlberechtigung, zweitens das Entscheidungsangebot, aus dem die Wahlberechtigten wählen können, sowie drittens die Feststellung des kollektiven Wahlergebnisses bestimmten Kriterien entsprechen:

1.2.1 Das „Recht der Rechte“ der Bürger: allgemeine Wahlen in regelmäßigen Abständen

Allen Demokratietheorien, klassischen und modernen, gemeinsam ist die Auffassung, daß ein definierendes Merkmal von Demokratie darin besteht, daß das Recht zur politischen

Partizipation *allen* Bürgern zusteht. In *repräsentativen* Demokratien besteht dieses Recht vor allem darin, die Personen oder Parteien zu wählen, die mit der politischen Entscheidungsfindung betraut werden sollen. Daraus folgt, daß erstens das Wahlrecht ein *allgemeines* Recht ist und daß zweitens Wahlen in *regelmäßigen* Abständen⁴ stattfinden, so daß alle Bürger die Möglichkeit haben, ihr Recht zur politischen Partizipation, wenn schon nicht fortlaufend, so doch immer wieder wahrzunehmen.⁵ In diesem Sinne bezeichnet Waldron das Wahlrecht als Bürger-„Recht der Rechte“ (Waldron, 1999, 283–284).

Demokratietheorien unterscheiden sich dann allerdings ganz erheblich hinsichtlich der Frage, welchen Mitgliedern der Gesellschaft Bürgerstatus zugestanden werden soll.⁶ Drei Kriterien scheinen für die Entscheidung, wer wahlberechtigt sein soll, ausschlaggebend zu sein: die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft,⁷ ökonomische Unabhängigkeit und, was häufig mit letzterem assoziiert wurde, geistige Reife. Für die Philosophen der griechischen Antike etwa war es selbstverständlich, daß zum Demos weder die „Fremden“ (Barbaren) noch die abhängigen (und häufig ungebildeten) Mitglieder des Haushaltes, also Frauen, Kin-

⁴ Wie groß die Abstände zwischen Wahlen sein sollen, hängt allerdings von der zugrundeliegenden Demokratieauffassung ab. Die vorgeschlagenen Intervalle sind um so kürzer, je mehr Wert der Verwirklichung von Wählerwünschen zugesprochen wird; sie sind um so länger, je mehr Wert auf die Einräumung von Spielräumen gelegt wird, die es den Regierenden erlauben, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Das amerikanische Wahlsystem ist ein Beispiel für einen Kompromiß zwischen beiden Überlegungen: die Repräsentanten, die nur auf zwei Jahre gewählt sind, fühlen sich eher ihrem Wahlkreis verpflichtet, während die auf sechs Jahre gewählten Senatoren bei ihren Entscheidungen nicht nur die Wünsche der Wähler ihres Heimatstaates, sondern auch die Interessen des Bundes berücksichtigen können. (Fast) alle Gesetze müssen aber gleichlautend von beiden Häusern verabschiedet werden.

⁵ Dolf Sternberger zählt zu den definierenden Merkmalen von Wahlen zudem die Revidierbarkeit ihres Ergebnisses. Nach Sternberger stellt die Wahlentscheidung einen „Akt der Anvertrauung“ dar, der voraussetzt, „daß das Mandat nach gewisser Frist zurückgefordert werden kann.“ Denn: „Anvertrauung ist nicht Entäußerung“ (Sternberger, 1986, 127). Was aber, wenn die Mehrheit oder gar alle Wahlberechtigten sich für die Angebotsalternative entscheiden, die verkündet, die Demokratie abschaffen zu wollen, um einen starken Führer mit der Leitung der Staatsgeschäfte zu betrauen? Nach Sternberger handelt es sich dabei um einen Akt der Entäußerung, und der sei mit dem Begriff der Wahl unvereinbar. Popper hält diese Einschränkung des Wahlbegriffs für unangebracht. Es sei eine Sache, die Bezeichnung „Wahl“ sinnvoll zu definieren, und eine andere, das Ergebnis tatsächlicher Wahlen bedauerlich zu finden: „Und sollte [der Demokrat] alt genug werden, um den Tag zu erleben, an dem die demokratischen Institutionen durch Mehrheitsbeschluß zerstört werden, dann wird er aus dieser traurigen Erfahrung nur lernen, daß es keine sichere Methode zur Vermeidung der Tyrannei gibt“ (Popper, 1980, 176).

⁶ Manfred Schmidt unterscheidet zwischen vormodernen und modernen Demokratietheorien im Hinblick auf den „Übergang vom stark eingegrenzten Wahlrecht zum allgemeinen Wahlrecht“ (Schmidt, 2000, 34, 51).

⁷ Damit ist *in der Regel* gemeint, daß wahlberechtigt nur Personen sind, die die Staatsangehörigkeit besitzen und nicht dauerhaft außerhalb des Staates leben, also von den zu treffenden politischen Entscheidungen auch betroffen sind (Ausnahmen sind etwa das Ausländerwahlrecht auf Kommunalebene, das mit dem Argument der dauerhaften Betroffenheit ausländischer Mitbürger von kommunalen Entscheidungen erteilt wurde).

der und Sklaven, gehörten (vgl. Schmidt 2000, 36; vgl. auch Hayek 1991, 463, Fn. 2). Und selbst John Stuart Mill, der im 19. Jahrhundert für die repräsentative Demokratie und das Verhältniswahlrecht eintrat, um möglichst allen Gruppierungen einer Gesellschaft Einfluß auf die politische Entscheidungsfindung zu verschaffen, sah sich gezwungen, das von ihm angestrebte universelle Wahlrecht folgendermaßen einzuschränken: Um zu gewährleisten, daß die Mitglieder einer Gesellschaft ihr Wahlrecht verantwortungsvoll und sachgemäß wahrnehmen, ist seiner Ansicht nach vorauszusetzen, daß die Wahlberechtigten über ein Mindestmaß an Bildung verfügen ...

„I regard it as wholly inadmissible that any person should participate in the suffrage without being able to read, write, and, I will add, perform the common operations of arithmetic.“ (Mill, 1993, 303)

...und Steuern zahlen, also nicht zum Kreis der Empfänger von „parish relief“ (Mill, 1993, 305) gehören:

„It is also important that the assembly which votes the taxes either general or local should be elected exclusively by those who pay something towards the taxes imposed. Those who pay no taxes, disposing by their votes of other people’s money, have every motive to be lavish and none to economise.“ (Mill, 1993, 304)

Auch aus moderner demokratietheoretischer Sicht herrscht kein Konsens darüber, wer Bürgerstatus haben soll. Nur für solche Theorien, die davon ausgehen, daß die Bürger als gleich im Hinblick auf ihre politische Freiheit anzusehen sind, besteht die einzig legitime Einschränkung des Wahlrechts in der Festlegung einer Altersgrenze, die den Eintritt in das *age of reason*⁸ markieren und die Erfüllung von (geistigen) Mindestvoraussetzungen für vernünftige politische Partizipation gewährleisten soll. Von solchen Demokratieauffassungen zu unterscheiden sind Theorien wie die von Joseph Schumpeter, die keinerlei Aussagen darüber trifft, wer an der Bestellung der Regierenden beteiligt sein soll (vgl. Schumpeter 1993b; siehe auch Hayek 1991, 128–129). Diesem Demokratieverständnis zufolge, so Amy Gutmann, entsprach z. B. auch das politische System Südafrikas während des Apartheid-Regimes den Kriterien einer Demokratie, obwohl der Bürgerstatus und somit das Wahlrecht der weißen Bevölkerungsminderheit vorbehalten war (vgl. Gutmann, 1993, 412).

1.2.2 Entscheidungsangebot: freie und geheime Wahl

Eine Wahl hat nach umgangssprachlichem Verständnis eine Person genau dann, wenn ihr mindestens zwei (Handlungs-)Optionen zur Verfügung stehen, zwischen denen sie sich entscheiden kann.

In diesem minimalistischen Sinne hat aber auch der Kassierer die Wahl, dem der Bankräuber zuruft, „Geld oder Leben“ (kurz für: „entweder Sie überreichen mir den Inhalt der

⁸ In Anlehnung an Lockes Formulierung (Locke, 1988, § 55).

Kasse, oder Sie weigern sich; im zweiten Fall erschieße ich Sie“), da er sich ja zwischen zwei Handlungsalternativen entscheiden kann, nämlich dem Herrn mit der Waffe die Kasse auszuhändigen oder es zu unterlassen. Wie ist es also zu verstehen, wenn der Kassierer dem Gauner das Geld überreicht mit der Begründung, er habe keine andere Wahl? Und wieso dürfte ein Bankräuber verdutzt sein, wenn der Kassierer auf sein Entscheidungsangebot mitteilt, er ziehe es vor, erschossen zu werden?

Die Entscheidungssituation des Kassierers ist durch zwei Aspekte gekennzeichnet: Erstens beschränken sich seine Optionen darauf, eine Handlung zu tun oder zu unterlassen, und diese Alternativen werden vom Räuber willkürlich festgesetzt. Und zweitens ist eine dieser Handlungsoptionen mit Konsequenzen verknüpft, die, unter der Voraussetzung, daß ein Mensch an seiner Selbsterhaltung interessiert ist, unannehmbar sind. Entscheidungsangebote dieser Art sind mit dem Begriff der Wahl, der hier zugrunde gelegt wird, unvereinbar:

Eine demokratische Wahl liegt demnach nur dann vor, wenn das Angebot an Entscheidungsoptionen – Parteien und Kandidaten – nach bestimmten Regeln zustande kommt, durch die gewährleistet wird, daß prinzipiell alle zur Verfügung stehenden Alternativen, d. h. alle Vereinigungen, die den Status einer Partei genießen, und alle Kandidaten, die über das passive Wahlrecht verfügen, auch zur Wahl stehen. Mit einer demokratischen Wahl unvereinbar ist folglich ein Entscheidungsangebot, das den Bürger vor die Wahl stellt, Partei A zu wählen oder sich seiner Stimme zu enthalten⁹ beziehungsweise seine Stimme für Partei A oder Partei B abzugeben, während ein Konkurrent C willkürlich aus dem Wettstreit um die Stimmen der Wähler ausgeschlossen ist. Ohne die in Abschn. 1.4 zu führende Wertediskussion vorwegnehmen zu wollen, soll eine Angebotseinschränkung dann als „willkürlich“ bezeichnet werden, wenn bestimmte Entscheidungsalternativen nur deshalb nicht zur Wahl stehen, weil die Wettbewerbssituation einer Partei (oder eines Kandidaten) durch die Eliminierung der Konkurrenz verbessert werden soll. Für demokratische Wahlen bedeutet das, grob gesagt, daß die Regierungspartei(en) die Oppositionspartei(en) nicht daran hindern darf (dürfen), um die Gunst der Bürger zu werben, und umgekehrt (vgl. Downs, 1968, 23).¹⁰

⁹ Die sogenannten „Wahlen“ in sozialistischen Staaten, bei denen die Bürger nur die Alternativen hatten, für die Einheitsliste zu stimmen oder am „Wahl“-Tag zu Hause zu bleiben, sind, wie [Sternberger](#) es formuliert, nichts weiter als „organisierte Akklamationen“ (zitiert nach Vogel et al., 1971, 15) und keine demokratischen Wahlen nach dem hier zugrunde liegenden demokratietheoretischen Grundverständnis. Nun gibt es allerdings Entscheidungssituationen, in denen nur ein Kandidat zur Verfügung steht und die dennoch den Kriterien für eine demokratische Wahl genügen (bei wissenschaftlichen Fachvereinigungen etwa – wie bei der DVPW, der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft – steht der künftige Vorsitzende häufig schon vor der Wahl fest, da nur eine Person kandidiert, und diese sich zuvor der Unterstützung der Mehrheit versichert hat). Dieser Fall liegt genau dann vor, wenn mögliche Konkurrenten nicht mit unzulässigen Mitteln an einer Kandidatur gehindert wurden.

¹⁰ Wie aber die Diskussion über die Möglichkeit des Parteienverbots nach Art. 21.2 GG zeigt, mag es dennoch legitime Gründe geben, Parteien aus dem Wettbewerb auszuschließen. Welche Gründe

Eine demokratische Wahl setzt zweitens voraus, daß keine der zur Auswahl stehenden Alternativen mit Anreizen positiver oder negativer Art verbunden ist, die eine wahlberechtigte Person nicht ignorieren kann, wenn sie an der Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse, im allgemeinsten Sinne nach physischem Wohlbefinden und sozialer Anerkennung (vgl. Lindenberg, 1985, 100), interessiert ist. Wenn sie sich zwar prinzipiell zwischen den Parteien *A* und *B* entscheiden darf, aber davon ausgehen muß, daß ihr in Folge der Stimmabgabe für *B* Berufsverbot, Freiheitsentzug und Schlimmeres drohen, bei der Wahl von *A* hingegen finanzielle Sicherheit und das Wohlwollen der Nachbarschaft winken, dann hat sie nicht „wirklich“ die Wahl: angesichts der Erwartungskosten der Entscheidung für die Alternative *B* ist ein nicht zum Helden- oder Märtyrertum aufgelegter Wahlberechtigter bereits auf Nicht-*B* festgelegt.

Um zu verhindern, daß der Wähler aufgrund seiner Wahlentscheidung unangenehme Konsequenzen zu erwarten hat, d. h. um die Freiheit der Wahl zu gewährleisten, ist es sinnvoll, daß die Stimmabgabe geheim erfolgt (und die Stimmbezirke hinreichend groß sind, so daß die Anonymität der Wahlentscheidung auch tatsächlich gewährleistet ist). Folglich ist der Grundsatz der geheimen Wahl eine praktische oder technische Konsequenz, die sich aus der Freiheit der Wahl als einem konstitutiven Element von Wahlen in dem hier verstandenen Sinne ergibt.

1.2.3 Entscheidungsergebnis: Verbindlichkeit der Wahl und Mehrheitsprinzip

Alle, selbst die minimalistischsten unter den modernen Demokratietheorien, teilen die Auffassung, daß Wahlen dazu dienen, den Konkurrenzkampf der Kandidaten beziehungsweise Parteien um die Unterstützung der Bürger zu *entscheiden*. Das Wahlergebnis gilt somit nicht als unverbindlicher Vorschlag der Bürger, über den dann ein „qualifizierteres“ Wahlmännerkollegium oder ähnliches zu befinden hat.¹¹ Es hat vielmehr unmittelbare Geltung hinsichtlich der Zuweisung von Regierungsgewalt. Wie Przeworski „in defense of minimalism“ (Przeworski, 1999, 43) feststellt:

„Voting is an imposition of a will over a will. When a decision is reached by voting some people must submit to an opinion different from theirs or to a decision contrary to their interest. Voting authorizes compulsion. [...] Voting generates winners and losers, and it authorizes the winners to impose their will, even if within constraints, on the losers. This is what ‚ruling‘ is.“ (Przeworski, 1999, 47)

das sein mögen, hängt allerdings von der spezifischen demokratietheoretischen Sicht ab, aus der man dieses Problem angeht.

¹¹ Das Wahlmännerkollegium, das den US-amerikanischen Präsidenten wählt, ist folglich insofern eine undemokratische Einrichtung, als nach Angaben der US National Archives and Records Administration 24 der 50 Staaten „ihre“ Wahlmänner nicht per Gesetz dazu verpflichten, ihre Stimmen für einen bestimmten – etwa den mehrheitlich gewählten – Präsidentschaftskandidaten abzugeben. Siehe: http://www.archives.gov/federal_register/electoral_college/laws_2000.html (6.10.2003)

Die Frage, wem Regierungsgewalt zuzuweisen ist, wird, und auch das scheint demokratietheoretischer Konsens zu sein, nach dem Mehrheitsprinzip entschieden. Schon John Locke wies in seiner „Zweiten Abhandlung über die Regierung“ darauf hin, daß das Mehrheitsprinzip Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit eines *body politic* ist:

„Denn wenn eine Anzahl von Menschen mit der Zustimmung jedes Individuums eine Gemeinschaft gebildet hat, dann haben sie dadurch diese Gemeinschaft zu einem einzigen Körper gemacht, was nur durch den Willen und den Beschluß der Mehrheit geschehen kann. Denn da eine Gemeinschaft allein durch die Zustimmung ihrer einzelnen Individuen zu handeln vermag und sich ein einziger Körper auch nur in einer einzigen Richtung bewegen kann, so muß sich notwendigerweise der Körper dahin bewegen, wohin die stärkere Kraft ihn treibt. Und das eben ist die Übereinstimmung der Mehrheit. Anderenfalls wäre es unmöglich, daß die Gemeinschaft als ein Körper [...] handeln und fortbestehen kann [...]“ (Locke 1992, 141, vgl. 1988, § 96).¹²

Auch über die Frage, ob bei der Ermittlung des „Willens der Mehrheit“ die Stimme jedes einzelnen Wahlberechtigten denselben Zählwert haben soll, herrscht weitgehend Konsens. Allerdings liegt der Aufforderung, *one [wo-]man one vote!*, ein bestimmtes, die gleiche Freiheit der Bürger normativ voraussetzendes Demokratieverständnis zugrunde. Demokratietheorien wie die von Schumpeter, die keine normativen Annahmen dieser Art treffen, sind folglich hinsichtlich der Frage, wer und in welchem Umfang wahlberechtigt sein soll, „agnostisch“.¹³

Von der Frage hingegen, ob die Gleichheit des *Zählwertes* jeder Stimme zu den definierenden Merkmalen demokratischer Wahlen gehört, strikt zu trennen ist die Frage danach, ob sich jede Stimme auch gleichermaßen im Wahlergebnis niederschlagen, d. h. denselben *Ergebniswert* haben soll. Letztere betrifft die Diskussion um das der Demokratie prinzipiell angemessenste Wahlsystem, also etwa den Streit zwischen den Verteidigern von Verhältniswahlrecht einerseits (wie John Stuart Mill in seinen „Considerations on Representative Government“) und von Mehrheitswahlrecht andererseits (wofür Schumpeter energisch eintritt) (siehe auch Kap. 18).

1.3 Grundfunktionen der Wahl

Nach den obigen Ausführungen soll im folgenden nur dann von einer demokratischen „Wahl“ gesprochen werden, wenn allen Bürgern in regelmäßigen Abständen ein frei zu-

¹² Für Kelsen dient das Mehrheitsprinzip nicht nur der Herstellung von Handlungsfähigkeit; für ihn folgt es logisch aus der demokratischen Verpflichtung gegenüber der gleichen Freiheit der Bürger: „[D]er Gedanke, daß – wenn schon nicht alle – so doch möglichst viele Menschen frei sein, d. h. möglichst wenige Menschen mit ihrem Willen in Widerspruch zu dem allgemeinen Willen der sozialen Ordnung geraten sollen, führt auf einem vernünftigen Wege zum Majoritätsprinzip“ (Kelsen, 1981, 10).

¹³ Anders ausgedrückt, ist auch Schumpeters Theorie mit dem Grundsatz der gleichen Wahl vereinbar; er wird nur nicht als definierendes Merkmal von Demokratie vorausgesetzt.

stande gekommenes Entscheidungsangebot vorgelegt wird, aus dem sie eine freie (und um das zu gewährleisten: geheime) Auswahl treffen können. Zur Wahl stehen mindestens zwei Parteien oder Kandidaten. Das Wahlergebnis ist verbindlich; die Zuweisung der Regierungsgewalt erfolgt nach dem Mehrheitsprinzip. Welche Funktionen haben Wahlen nun *de facto* in demokratischen Systemen?

Im präsidentiellen System wählen die Bürger sowohl die Mitglieder des Parlaments als auch den Präsidenten; im parlamentarischen System entscheiden sie darüber, welche Partei beziehungsweise Koalition von Parteien zusammen mit der vom Parlament zu wählenden Exekutive die Regierungsgewalt ausüben wird. Eine Funktion von Wahlen besteht also in der „Auswahl der Regierenden durch die Wählerschaft“ (Vogel et al. 1971, 9) oder, allgemeiner, in der „Rekrutierung politischer Führer“ (Almond und Powell 1996, 52; Hervorhebung im Original).

Mit ihrer mehrheitlichen Entscheidung bestätigen die Wähler das amtierende Führungspersonal oder sorgen für einen Regierungswechsel. Durch Wahlen wird also mit der Bestellung der Regierenden auch der friedliche Übergang von einer Regierung zur nächsten gewährleistet.

Die Wahl der Regierenden geht mit dem „Auftrag“ einher, bestimmte Inhalte in den politischen Entscheidungsprozeß einzubringen und durchzusetzen. Mit Art und Verbindlichkeit dieses Auftrags beschäftigen sich sogenannte Repräsentationstheorien. Sie gehen zum einen der normativen Frage nach, „What Ought the Representative Represent?“ (Grunebaum 1981, 54–67; siehe Pitkin 1967; vgl. Bowie 1981, Teil I), und unterscheiden demokratietheoretisch zwischen dem Ideal des gebundenen Delegierten, der vom Wähler ein imperatives Mandat erhält, um dessen Wünsche zu verwirklichen, einerseits, und dem Ideal des freien Repräsentanten, der weder an Weisungen noch Aufträge gebunden ist, sondern ein freies Mandat zur Wahrnehmung der langfristigen Interessen der Wählerschaft innehat, andererseits. Zum anderen beschäftigen sich Repräsentationstheorien mit der Realität „[z]wischen freiem und imperativem Mandat“ (Kaltefleiter und Veen 1974, 246–267; vgl. auch Patzelt 1991, 166–199 sowie Dalton 2002, 196–199), also mit der Frage, wie die Gewählten tatsächlich ihren „Auftrag“ wahrnehmen und ausführen. Ungeachtet der jeweiligen normativen Position oder empirischen Erkenntnis scheint allerdings Konsens darüber zu bestehen, daß eine weitere Funktion von Wahlen darin besteht, dem Wählerauftrag eine gewisse Verbindlichkeit zu verschaffen.

Mit der Auswahl der Regierenden erfolgt durch Wahlen aber auch die Bestellung der Opposition im Parlament. Im präsidentiellen System, in dem die Exekutive – der Präsident – in ihrem Bestand nicht von der Legislative abhängig ist, herrscht vergleichsweise geringe Fraktionsdisziplin, d. h. die Opposition ist fließend, die Mehrheiten wechseln und müssen im Prinzip zu jeder Entscheidung von neuem organisiert werden. Im parlamentarischen System hingegen ist die Opposition eine feste Größe. Während die Gewaltenteilung im präsidentiellen System weitgehend nach der klassischen Demarkationslinie zwischen Exekutive und Legislative erfolgt, stehen im parlamentarischen System Parlamentsmehrheit und Regierung der/n Oppositionspartei(en) gegenüber (vgl. Ismayr 2000, 17). In Großbritannien wird dieser Dualismus besonders deutlich an der herausgehobenen Stellung